

In der Senatssitzung am 25. April 2023 beschlossene Fassung

Der Senator für Inneres

10.04.2023

L 4

Vorlage für die Sitzung des Senats am 25.04.2023

„Security-Einsatz im Hauptbahnhof“
(Anfrage für die Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag))

A. Problem

Die Fraktion Die Linke hat für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) folgende Anfrage an den Senat gestellt:

Security-Einsatz im Hauptbahnhof

Wir fragen den Senat:

1. Hat der Senat Kenntnis von einem Einsatz im Bremer Hauptbahnhof an oder um den 14. März 2023, bei dem ein Mann von vier bis fünf Mitarbeiter:innen des Sicherheitsdienstes der Deutschen Bahn am Boden fixiert wurde, insbesondere aus welchem Anlass a) der Mann festgehalten und b) fixiert wurde?
2. Sind Bremer Behörden oder die Bremer Direktion der Bundespolizei mit dem Fall befasst?
3. Sieht der Senat einen Bedarf, die Rechte und Pflichten von Mitarbeiter:innen von Sicherheitsdienstleistungsfirmen gesetzlich genauer zu normieren, wie dies in fast allen Ländern der EU, nicht aber in Deutschland der Fall ist?

B. Lösung

Auf die vorgenannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

Zu den Fragen 1 und 2:

Die Polizei Bremen war bei dem Einsatz im Hauptbahnhof am 12.03.2023 nicht beteiligt. Die Ermittlungen werden durch die zuständige Bundespolizeiinspektion Bremen geführt, die zu dem Vorfall eine Pressemitteilung veröffentlicht hat.

Die Entscheidung, ob etwaige strafbare Handlungen verfolgt werden, trifft abschließend die Staatsanwaltschaft Bremen.

Zu Frage 3:

Die Voraussetzungen für die Erteilung einer Erlaubnis für Bewachungsunternehmen sowie die Voraussetzungen für die Tätigkeit als Sicherheitsdienstkräfte sind in § 34a der Gewerbeordnung geregelt. Die Beschäftigten müssen demnach lediglich die erforderliche Zuverlässigkeit besitzen und eine Sachkundeprüfung ablegen.

Im Koalitionsvertrag auf Bundesebene ist vereinbart, dass private Sicherheitsdienste mit verbindlichen Standards in einem eigenen Gesetz reguliert werden sollen. Seit Übergang der Zuständigkeit vom Bundeswirtschaftsministerium zum Innenministerium im Juni 2022 wird an einem Gesetzesentwurf gearbeitet. Aufgrund des frühen Entwurfsstadiums wurden die Länder bei der Neufassung bislang noch nicht beteiligt. Der Senat unterstützt eine weitere Professionalisierung der Ausbildung im Sicherheitsgewerbe.

C. Alternativen

keine

D. Finanzielle/ Personalwirtschaftliche Auswirkungen/Genderprüfung

Die Beantwortung der Anfrage hat keine finanziellen und personalwirtschaftlichen Auswirkungen.

E. Beteiligung / Abstimmung

Eine Abstimmung mit der Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa wurde eingeleitet.

F. Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Nach Beschlussfassung zur Veröffentlichung geeignet.

Nach Beschlussfassung durch den Senat erfolgt die Veröffentlichung über das zentrale elektronische Informationsregister.

G. Beschluss

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Inneres vom 10.04.2023 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion Die Linke in der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.